

Sonntag  
25. November 1928

Abgabegebühr für die tägliche Nummer 10 Pf., für Samstagsnummern 6 Pf.,  
Abgabe nach Zeitl. Klein-Nummern: Wert 3 Pf., Verbandspreis 10 Pf. - Geschäftsstelle:  
Halle (Saale), Köpcke'sche Straße 61/62 - Fernsprecher: 278 31 - und 18 118  
Koblenz 256 10/10. - Berlin: Bernburger Straße 30 - Fernsprecher: Kam. 8418/8 620.

Das Blatt erscheint täglich in der mitteldeutschen Druckerei. Bezugspreis:  
Halle: bei Abnahme 2.50 M., bei 2.00 M. - außerhalb: bei 2.00 M. -  
Halle: bei 2.00 M. monatlich. - Sperrungen nehmen sämtliche Anzeigen, Nach-  
richten und Briefe an. - Über den Inhalt entscheidet der Verlag vom Schiedsgericht.

### Heldischer Geist Gedanken zum Totenfest

Von

Dr. K. Hildebrandt

Das deutsche Volk hat sich eine so lebensstarke Symbolik die Ehrung der zahllosen unbekanntenen Toten des Weltkrieges nicht schaffen können, wie es die meisten anderen Nationen in den Grabmälern des unbekanntenen Soldaten getan. In der Unpersönlichkeit dieser Totenerhebung, in der namenlose Leistung eines ganzen Volkes Gestalt gewonnen liegt das Ergreifende dieses Kultus, dem auch wir Deutsche nicht entziehen können, wenn wir einmal mit dem Grabsfeld unbekanntener Soldaten in Berührung kommen.

Seit Jahren versuchen die deutschen Organisationen, die die Pflege der Frontkameradschaft und des Andenkens der Toten gebührend zu pflegen, die ihnen die Pflicht gemacht haben, gemeinliche Stätte der Weihe zu schaffen. Was aber in Aussicht nicht im ersten Anlauf gelang das ist bei uns immer zum Scheitern verurteilt. Es mag manchen ungeduldet erscheinen, am Tage der Toten an diese wenigen Dinge zu rühren, aber die wahre Erkenntnis unserer Zeit erkennt uns wertvoller als manche jenseitigen Aeden, die diesem Tage gewalttätig werden und die allen denen keinen Frieden bringen können, die unter der nationalen Zerrissenheit ihres Vaterlandes leiden. Das ist vielleicht das schwerste bittere Erlebnis der Nachkriegszeit, daß das heute noch Beschlecht trotz manchen Wehnerungen so wenig von der Weihe berührt ist, der in der Zeit des großen Krieges die Toten der deutschen Frontkämpfergeneration besetzt hat. Die lebende Zeitfrömmigkeit wehrt sich mit aller Kraft gegen den Gedanken des Opfers für die Allgemeinheit und erklärt die Erinnerung für barbarisch, die dem Menschen mehr als wirtschaftliche Fortkommen und sogenannte kulturelle Leistungen anlangt und die das Schicksal eines Volkes danach beurteilt, es in der Lage und willens ist, für Freiheit und Unabhängigkeit, wenn es nötig, auch mit dem Leben einzutauschen.

Diese innere Zerrissenheit ist das Schicksal, mit dem sich die deutsche Nachkriegsgeneration abfinden hat. Sie, die an dem Gedanken des Opfers für das Vaterland halten, ist eine erbitternde Feststellung, wenn man heute bei den Gassen ruft, daß solche Gewinnung einer überlebten Generation angehöre. Die Frontkämpfergeneration des Weltkrieges ihren Willen zum deutschen Siege leider nur allzu reichlich dem Tode ihres Vaterland bezahnen müssen, und wer weiß, welche die Mächte eines letzten Nationalismus und eines unangenehmen Nationalismus einen solchen Einfluß auf das ganze Volkseleben hätte gewinnen können, wenn nicht die Toten der damaligen Zeit heute in Feindesland zur letzten Bestattung lägen.

Es ist ein erschütternder Anblick, wenn man heute auf den Grabsfeldern des Weltkrieges, im Lande unserer ehemaligen Feindgegner, die Tausende und Abertausende von deutschen Kameraden sieht, die nach der wilden Psychose der ersten Kriegsjahre jetzt endlich in einen Zustand gebracht worden sind, der der allgemeinen menschlichen Achtung gegenüber dem Kämpfer entspricht. Tausende von schmucklosen schwarzen Steinen stehen in unübersehbarer Reihen nebeneinander, und die Hälfte trägt keine Aufschrift, da man die Namen derer nicht feststellen können, denen der Wehlfall des Krieges nicht erlaubt hat, die letzte Ruhe auf dem begünstigten Boden des Vaterlandes zu finden.

Der Sinn dieses Tages, der der Erinnerung und dem vergessenen Gedanken an die Toten gewidmet ist, kann nur dann recht begriffen werden, bei deren Gaud ihres Geistes sich ruht. Jeder, der das schwere Schicksal des Krieges erlebt hat und der Flug genug ist, sich die Schreden unendlicher kriegerischer Auseinandersetzungen auszumalen, kann nun den sehnsüchtigen Wunsch haben, daß seinem Volke die Prüfungen auferlegt werden, als es zu tragen vermöge, was heute ist, daß nur die Wölfer auf die Länge der Zeit vor einer Anechtung ihres nationalen Daseins bewahrt werden, in denen der Wille lebendig ist, diese nationale Freiheit unter allen, aber auch unter allen Umständen zu gewinnen oder wieder zu gewinnen. Dies ist rein menschlich, daß das Große an dem Beschlecht, das im Jahre 1914 zur Anechtung der deutschen Freiheit ins Feld zog. Daß solche Anechtung nicht verloren geht, oder nachträglich verfallt, dazu müssen die Stunden ersten Gedankens dienen, die uns alle am Totenfest den Menschen widmen, die uns ein persönliches Schicksal entziffen hat und insbesondere denen, die Leben für eine große Idee hingeben durften. Sie haben

### Das Urteil von Duisburg

Abänderung des ersten Spruches: Die Klage der Arbeitgeber wird zurückgewiesen

(Telegraphische Meldung)

Duisburg, 24. November.

Nachdem fast den ganzen Tag über die Verhandlungen vor dem Landesarbeitsgericht stattgefunden hatten, zog sich das Gericht um 5.30 Uhr nachmittags zur Urteilsberatung zurück. Nach 2½stündiger Beratung verhandelte der Vorsitzende folgendes Urteil: „Auf die Berufung der Beklagten wird das Urteil des Arbeitsgerichts Duisburg dahin abgeändert: Die Klage wird auf Kosten der Kläger zurückgewiesen, der Wert des Streitobjekts auf eine Million Mark festgesetzt.“

Die Verhandlungen des Landesarbeitsgerichtes nahmen nach der kurzen Mittagspause ihren Fortgang. Der Verteidiger der Gewerkschaften, Rechtsanwalt Einsheimer, besprach die Frage des Einbruchs in den Haupttariff. Der Gerichtsvorsitzende forderte Rechtsanwalt Einsheimer auf, in aller Ausführlichkeit über die Frage zu sprechen, ob die verschiedenen Vereinbarungen der Tarifkontrahenten, die im Laufe der letzten Jahre hinsichtlich der Lohnfestsetzungen getroffen worden seien, eine authentische Interpretation des Manteltarifvertrages hergestellbar seien, daß in dem Schiedsspruch ein Einbruch in den Manteltarif nicht erblickt werden könne. Unbeitrittsmäßig sei die im Haupttariff enthaltene Föhrung der Afford- und auch der Lohnfrage nicht anzuführen, sondern ergänzungsbedürftig vorgenommen worden. Wenn dies aber der Fall sei, dann sei die in einem offiziellen Abkommen getroffene Regelung nicht als Einbruch, sondern als

Ergänzung der Manteltarifregelung

aufgefaßt. Einsheimer erbot sich zu dieser Frage zahlreiche Affordzettel zur Beweisführung zu erbringen. Nach den fast zweistündigen Ausführungen des Rechtsanwalts Einsheimer wurde die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Als Vertreter der Arbeitgeber Nordweit sprach dann Rechtsanwalt Schöppen. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß ein Schiedsspruch im Sinne der Schiedsordnung nicht gefällt worden sei. Der Verteidiger wandte sich jedoch gegen die einzelnen Punkte der Verurteilung. Wie man die Dinge auch brechen und wenden wolle, man müsse immer wieder zu dem Ergebnis kommen, daß der Schlichter allein nicht befähigt sei, einen Schiedsspruch zu fällen. Der zweite Rechtsanwalt von Arbeit Nordweit, Mansfeld, widersprach den Verurteilungsschritten der Metallarbeiterverbände vorgebrachten materiellen Gesichtspunkten. Er betrat den Standpunkt, daß

ein Schiedsspruch nicht befähigt

sei, in einen bestehenden Manteltarifvertrag eingzugreifen. Die Beweisführung Rechtsanwalts Einsheimers über diesen Tatbestand sei vollkommen abwegig. Ein Schlichterspruch sei unzulässig, solange ein Vertrag zwischen den Parteien bestehe. Ganz zweifellos sei es Aufgabe der ordentlichen Gerichte, nachzuprüfen, ob sich die Schlichtungsentscheidungen im Rahmen der ihnen gesetzlich zustehenden Befugnisse gehalten hätten, indem sie in den laufenden Manteltarif eingriffen. Bei der Rezensierung der Begründung des Reichsarbeitsministers zum Schiedsspruch betonte Rechtsanwalt Mansfeld, daß, falls der Reichsarbeitsminister in eine Prüfung der Zuständigkeit des Schiedsgerichtes eingetreten sei, diese nichts zu bedeuten habe, da dieser Schiedsspruch vom ordentlichen Gericht nicht angefochten werden könne.

Im weiteren Verlauf der Verhandlungen bezeichnete Rechtsanwalt Crausitz den Haupttariff als den Haupttariff der bestehenden Tarifgemeinschaft. In ihm sei eine Ergänzung nur möglich, wenn er dies vorsehe. Er könne ergänzt werden durch Arbeitszeit- und Lohnabkommen, die aber durch Normativbestimmungen im Haupttariff genau geregelt seien. Eine Affordversicherung im Haupttariff stelle den Verdienst des Arbeiters fest. Umgangen solle damit gesagt werden, daß das

Gesamtarifabkommen im Haupttariff festgelegt

sei. Crausitz leitete alle Einwendungen des Rechtsanwalts Einsheimer und erbot sich, Gegenbeweise zu erbringen. Der Vorsitzende ließ im Haupttariff fest. In dieses feste Gefüge greife der Schiedsspruch dadurch ein, daß er allen Arbeiterkategorien einen Zuschlag von sechs Pfennigen gebe. Diese Bestimmung widerspreche dem Haupttariff. Lange Erörterungen über die Witten

sich geepfert, damit wir leben. Nur ihnen, den Menschen heldischen Geistes, danken wir es, daß wir heute in unserem Vaterlande noch nicht völlig dem Untergang geweiht sind. Keine Gelegenheit darf vorübergehen, ohne diesen Dank zum Ausdruck zu bringen. Unsere Dankeschuld ist groß. Denn es bedeutet unendlich viel, für andere sich zu opfern,

afford- und Prämienlöhne folgten. Rechtsanwalt Einsheimer warf dabei ein, ob denn wirklich zwei Pfennig Affordzuschlag je Stunde wirtschaftliche Erfüllungen herbeiführen vermögen. Crausitz wies darauf hin, daß es sich in künftigen Schiedssprüchen in diesem Punkte vielleicht nicht mehr um zwei Pfennig Zuschlag, sondern vielleicht um 50 Pfennig Zuschlag handle. Die Zuschläge für die Affordarbeiter, die in letzter Woche eine Vereinbarung aus dem Haupttariff. Dadurch sei der Schiedsspruch nichtig. Zeuge Wolf, Bezirksleiter des Metallarbeiterverbandes Essen, machte u. a. Ausführungen über die Entstehung der E. D. S. 18. Die Befestigung der Urkunden für die nicht affordfähige Zulage von zwei Pfennig entsprach für eine lebhafte Aussprache zwischen Wolf, Crausitz und den Rechtsanwältinnen der Metallarbeiterverbände. Auch andere im Aufnahmestadium befindliche Vertreter der Metallarbeiterverbände stellten mit Bemerkungen ein. Die

Zurufe aus dem Zuschauerraum

verurteilten, als der Vorsitzende mit M. u. m. drohte. Rechtsanwalt Einsheimer erklärte dann noch für die Arbeitnehmerseite: Wir haben keine Rechtsklärung abzugeben in Bezug auf Paragraph 21 Absatz 5, auch keine Erklärung zu der rein zentralen Frage, die hier im Vordergrund steht, ob ein Einbruch vorliegt, eine Abänderung oder ein Eingriff in ein bestehendes Verfahren. Wir erklären übereinstimmend, daß alle Ausführungen der Gegner uns keine Veranlassung geben, irgendwelche Ergänzungen vorzunehmen. Nur in einem Punkte bitten wir das Gericht, den Schiedsspruch sich vor Augen zu halten und zwar den ersten Satz des Schiedsspruches, der lautet: „Das derzeitige Lohnabkommen bleibt in der Kraft.“ Die Rechtsanwältinnen der Arbeitgeber gaben keine weitere Erklärung ab. Hierauf zog sich das Gericht zur Urteilsberatung zurück.

### Kommunifische Rundgebungen

(Telegraphische Meldung)

Duisburg, 24. November.

Während der Gerichtsverhandlungen hatten die Kommunisten ihre Anhänger mobil gemacht. Die veranfaßten Rundgebungen in Form von kleineren Rügen durch die Strafen und versammelten sich auf dem vor dem Gericht gelegenen Röntgenplatz. Ansprachen wurden gehalten. Bei dem stürmischen Regenwetter verlief alles ruhig.

### Schiedsspruch in der Metallindustrie Hagen-Schwelm

(Telegraphische Meldung)

Dortmund, 24. November.

Im Lohnstreit in der Metallindustrie Hagen-Schwelm wurde am Sonnabend unter dem Vorsitz des hiesigen Schlichters folgender Schiedsspruch gefällt: Das am 30. November 1928 gefällte Lohnabkommen wird mit Wirkung vom 1. Dezember ab wieder in Kraft gesetzt. Am 1. April 1929 erhob sich der Spitzenlohn dieses Abkommens auf 83 Pfennig. Vom gleichen Zeitpunkt ab haben sich sämtliche Teile des Lohnabkommens entsprechend dem bisher angewandten Schlußel. Ergeben sich bei Berechnung der neuen Lohnhöhe Resultate eines Pfennigs, so werden diese bis 0.40 nach unten, auf 0.5 und darüber hinaus nach oben abgerundet. Diese Korrektur läuft un kündbar bis zum 31. März 1930 und kann von da ab mit einmonatiger Frist erstmalig zum 31. Mai 1930 gefündigt werden. Erfüllungstermin läuft bis Montagabend 10 Uhr.

### Das Befinden des englischen Königs weiter gebessert

(Telegraphische Meldung)

London, 24. November.

Die Befürchtung im Befinden des englischen Königs fällt ab. Der letzte Bericht besagt, daß die Gesundheitslage sich weiterhin die wichtigste Krankheitserscheinung sei. In der englischen Presse wird mit Genugtuung die feste Anteilnahme festgestellt, die die Krankheit des Königs nicht nur innerhalb des britischen Weltreiches, sondern auch in Amerika und Deutschland gefunden hat.

besonders dann, wenn diese anderen das Opfer nicht einmal anerkennen. Wo immer aber in unserem Vaterlande noch Verständnis vorhanden ist für heidnischen Welt und für den Sinn der Opfertodes, da sie in stillen Gedanken allen denen an Totenfesten geduldet, den Ungenannten und Unbekannten, die starben, auf daß Deutschland leben

# Dr. Stresemann über die politische Lage

## Der Zentralvorstand der D. V. P. zur Konfordsatsfrage

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 24. November.

Auf der Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wies der Parteivorsitzende Dr. Stresemann in seinem Bericht über die politische Lage grundsätzlich die Auffassung zurück, daß man sich nicht an der Reichsregierung beteiligen, sondern der Sozialdemokratie allein die Verantwortung hätte überlassen sollen.

„Wenn das Bürgerium“, so führte Stresemann u. a. aus, „heute jede Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie ablehnen würde, so würde es selbst die Schuld an der Reibkalfizierung der Sozialdemokratie und an der Stärkung der Kommunisten tragen. Wir haben das größte Interesse daran, daß der staatsbürgerliche Oberbau in der Sozialdemokratie gefestigt wird. Allerdings ist unter Zusammengehören mit den Sozialdemokraten ebenso eine reine Versuchssache wie mit den Sozialnationalen.“

Der Minister besprach dann die Kritik an dem parlamentarischen System und betonte, daß man aus dem Amt des Reichspräsidenten stets das machen könne, was die Persönlichkeit des Reichspräsidenten aus dieser Stellung selbst mache. Man habe in der Tat gesehen, daß der Monarch eines Staates, dessen Berufung ihm eigentlich nur eine dekorative Stellung zuzufallen, tatsächlich die Weisung im maßgebend beeinflusst habe, während andere Monarchen mit unbeschränkter Machtbefugnis nur die Marionette ihrer Umgebung gewesen wären.

### Die Auseinandersetzung mit dem Stahlheim

Bei der Tagung jener Stahlheimbesitzer, in denen der Haß gegenüber dem heutigen Staat zum Ausdruck gebracht worden sei. Bezüglich der Verbesserung der heutigen parlamentarischen Verhältnisse forderte Dr. Stresemann besonders, daß die Immunität der Abgeordneten nicht zu einem völlig einseitigen Vorrecht gemacht werde. Insbesondere dürfe die Vorbereitung irgendwelcher Missionen gegen den Staat nicht unter dem Schutz der parlamentarischen Immunität gestellt werden. Er empfahl ferner eine Herabsetzung des Wahlalters, die die persönlichen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wählern wieder herstellen. Unter Fortsetzung der Wahlweise müsse aber das Verhältnis nicht maßlos aufrecht erhalten werden.

Zur Frage des Einheitskanzlers erklärte der Minister, man könne diese Frage nicht im Wege des Zwanges lösen. Auch vor Teilschlüssen würde man sich hüten. Was einst der Zollverein das Deutsche Reich geschaffen habe, werde auch die Wucht der wirtschaftlichen Tatsachen die beste Förderung des Zusammenflusses der Länder sein. Es sei unrichtig, daß die Kultur unter dem Aufgehen der Selbständigkeit einzelner Länder leiden müsse.

Die Deutsche Volkspartei sei einmütig der Auffassung, daß eine Mitarbeit der Partei auch in der preussischen Regierung erwünscht sei. Diese Frage werde augenblicklich überarbeitet durch

### die Konfordsatsverhandlungen,

zu denen die Partei, die auf dem Boden religiöser Duldsamkeit und eines vernünftigen Ausgleichs stehe, Stellung nehmen müsse. Die Partei verlange die frumgenähe Anwendung auch auf die evangelische Landeskirche.

Bezüglich der Außenpolitik vermahnte der Minister auf seine letzten Erklärungen im Reichstag. Dr. Stresemann schloß seine Rede mit dem Appell, daß die D. V. P. auch in Zukunft in ihrer Politik sich nicht von Schlagworten leiten lasse, sondern von nationaler und sittlicher Verantwortung.

Nach Beendigung der Aussprache über die politische Lage nahm der Zentralvorstand der D. V. P. in seiner Sitzung am Sonnabend einige Entschlüsse an, in denen auch zu den Verhandlungen zwischen Staat und Kirche Stellung genommen wird. So heißt es:

„Die Deutsche Volkspartei tritt nach ihrer Grundbestimmung für den konfessionellen Frieden zwischen allen Gliedern des deutschen Volkes insbesondere zwischen dem evangelischen und dem katholischen Teil ein. Die neuen Vereinbarungen mit dem Vatikan sollen nicht in der Form eines Konkordates, sondern in anderer Vertragsform zum Abschluß kommen. Das seit einem Jahrzehnt vertaglich festgelegte, dem konfessionellen Frieden dienende Gleichgewicht ist aufrecht zu erhalten. Bei der in Aussicht genommenen Neuregelung darf der bestehende Rechtszustand nicht zu Ungunsten des Staates verfallen werden. In der neben den neuen Vereinbarungen dürfen Abreden über die Schule nicht getroffen werden. Der dem Inkrafttreten etwaiger neuer Vereinbarungen muß die Gewährung innerenständischer Rechte an die evangelischen Landeskirchen Preussens unter Berücksichtigung des Eigenart sicher gestellt werden.“

### D. V. P. und Große Koalition

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 24. November.

Die Sonnabend-Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei wurde von Dr. Scholz eröffnet. In den Parteienvorstand, dem ohne weiteres Dr. Stresemann, die Vorsitzenden der Reichstags- und Reichsrats- und Reichsgerichtspräsidenten, der Reichsminister Dr. Scholz, Stenbel und Dr. Dersow sowie der Vorsitzende des Geschäftsführenden Ausschusses, wurden gewählt: Demuth, Gumburg, Gumbel, Hübner, Dr. Kall, Frankfurt (Main), Frau Wende-Berlin, Dr. Woldenhaner-Bölln, Dr. von Stauß-Berlin und Zitel-Berlin. Sodann erlatte Reichsaussenminister Dr. Stresemann einen kurzen Vortrag über die innen- und außenpolitische Lage, in dem er die wichtigsten Probleme zur Sprache stellte. Als erster Redner nahm Landtagsabgeordneter Stenbel das Wort: „Die preussische Landtagsfraktion“, so führte er aus, „stehe einmütig auf dem Standpunkt, daß wir die Große Koalition in Preußen wollen, wenn wir sie unter tragbaren Bedingungen bilden können. Wir freuen uns, daß die Reichstagsfraktion den gleichen Standpunkt einnimmt. Der Augenblick für die Lösung der Koalitionsfrage liegt im Felde. Dort braucht man nur die Willigung der Reichstagsfraktion. Die Preußen kann man möglicherweise ohne und auskommen. In dieser Erkenntnis bietet Landtag die Reichstagsfraktion gleichzeitige und gleichartige Regierungsübernahme gefordert. Die Entwidlung hat gezeigt, daß auch in Preußen große Aufgaben nicht durchgeführt werden konnten, weil hinter der Regierung keine feste Mehrheit steht. Wir werden die Entwidlung im Reich abwarten und zu gegebener Zeit unseren ganzen Einfluß einbringen, um zu einer Regierungserweiterung auch in Preußen zu kommen.“

### Noch immer kein Beschluß in Paris

(Telegraphische Meldung.)

Paris, 24. November.

Der Ministerrat, der am Sonnabend im Hofes dem Vorschlag des Staatspräsidenten Doumergue hinsichtlich einer Darlehenleihe von 100 Millionen über die Besonderefrage zur Erneuerung der Sadpferbahnen und über die Reparationsfrage entgegen. Die französischen Sadpferbahnen waren heute noch nicht ernannt. Der nächste Ministerrat findet am Donnerstag statt.

Entgegen den Erwartungen hat damit auch dieser Ministerrat keine endgültigen Beschlüsse hinsichtlich der Wahl der französischen Finanzverwaltung getroffen. „Paris Echo“ will durch diese Vermutung bestätigt sehen, daß die französische Regierung sich noch nicht darüber einig geworden sei, ob Frankreich zwei oder nur durch einen Sadpferbahnen im Ausland vertreten sein soll.

London, 24. November.

Der in Paris leicht erkrankte englische Botschafter Sir Milner tritt am Montag nach London zurück, um am Donnerstag in London die Reparationsfrage zu beraten.

### Der preussische Personaletat

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 24. November.

In seinen Ausführungen über den preussischen Haushaltsplan für das nächste Finanzjahr erklärte der preussische Finanzminister auch einen Leberbid über die auf die verschiedenen Ministerien entfallenden Steigerungen des Personaletat. Das Finanzministerium erfordert im Jahre 1920 181,0 gegenüber 170,0 Millionen im Jahre 1919. Auf das Finanzministerium entfallen 214,5 gegenüber 198,9 Millionen, auf das Ministerium für Unterricht, Kunst und Volksbildung 706,9 gegenüber 687,0 Millionen Mark. Bei allen diesen Ministerien wird die Erhöhung der Beamtenbesätze gegenüber dem Jahre 1919 in der Höhe durch die Besoldungsreform bedingt. Allerdings sind hierbei die Friedensbesoldungen des Staates noch nicht erreicht worden, insbesondere noch nicht bei den mittleren und den höheren Beamten. Gegenüber neuen Vorschlägen auf Steigerung der Besätze sind allerdings darauf hingewiesen worden, daß diese die Stabilität der Finanzverwaltung in Preußen gefährden können.

Druck und Verlag von Otto Diebel.

Redaktionelle Leitung: Fritz Ernst Weindorf.  
Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Otto Diebel.  
Verantwortlich für den Druck: Dr. Robert Schmitt.  
Verantwortlich für den Vertrieb: Dr. Robert Schmitt.  
Verantwortlich für den Anzeigen: Dr. Robert Schmitt.  
Verantwortlich für den Anzeigen: Dr. Robert Schmitt.

### Gustav Uhlig

anerkannt gute, solide Bezugsquelle in  
**Uhren, Musikwerken u. Sprechapparate**  
Sie kaufen beim Fachmann unter Garantie

### Die politisch-historischen Grundlagen des deutschen Ostens

Erster Abend der Auslandsstudien der Universität

Die „Auslandsstudien der Universität“, welche sich in diesem Winter auf die uns nächsten Fragen des Auslanddeutstums, nämlich das Grenzdeutstum, beziehen, begannen gestern mit einem ausgezeichneten Vortrag von Staatssekretär Dr. Rade aus Danzig über den deutschen Osten.

„Wir alle sind“, so leitete der Vortragende ein, „Beugen der weitläufig angestrichelten Völkerwanderung gewesen, welche unseren Erdteil betroffen hat. Gegen 80000 Deutsche haben, von Angst oder Bergeweisung getrieben, ihre Heimat im Osten verlassen und sich dem Reich zugewandert. Wäre dieses irgendeinem anderen Volk der Erde geschehen, so hätte es die Empörung der ganzen Welt nachgerufen. Aber da es „nur“ Deutschland angeht, so schweigt das Weltgewissen. Überall legt sich jetzt der „Geist des Ostens“ wie ein Schleier auf die einleitigen Vorgeschieden deutscher Kultur. In Stadt und Land zeigt sich der Gegenstoß deutscher Arbeit und einträglicher Untat, der nicht zum Frieden beigetragen hat, sondern einen latenten Kriegszustand weiter befestigt.“

Der Redner streifte dann kurz das Werden und Vergehen des alten polnischen Staates: „Der im 10. Jahrhundert entstandene Staat umfaßte als Kerngebiet die Gegend von Posen und Gnesen, so daß die Provinz Posen mit einem gewissen Redte von den Polen reklamiert werden kann. Doch ist auch in den letzten 700 Jahren so mit deutschem Kulturgut durchsetzt worden, daß vom kulturellen Standpunkte aus eine Zugehörigkeit zu Polen nicht mehr hätte in Frage kommen dürfen. Wüßig hinsichtlich sind die polnischen Ansprüche auf irgendwelche Rechte; führen; denn weder in vorgeschichtlichen noch in geschichtlichen Zeiten hat Polen je aus eigener Kraft das Meer erreicht. Erst im Jahre 1400 verdrängte der Deutsche Ritterorden auf Westpreußen zwischen die preussischen Städte und den Erben zu treiben. Dreiundzwanzig Jahre war nun Westpreußen in polnischer Gewalt, doch blieb das Deutstum in den Städten erhalten und fand in Danzig seinen festen Mittelpunkt. Der große Kurfürst und Friedrich der Große stellten das wieder her, was auf die ursprünglichen Zustände gefolgt war, nämlich eine deutsche Oberschicht bis zur Memel.“

„Ich ist dieser deutsche Osten durch das Diktat von Versailles gezeichnet worden. Sein Mittel der Rüge, der Antirüge, der Fälligung ist von den Polen unverändert geblieben, um die Grenzen ihres neuen Reiches möglichst weit und möglich vorzuschieben. Ihnen gelang es, Willy, der noch im August 1918 nicht daran dachte, Polen durch irgendwelche deutschen Gebiete zu vergrößern, durch Kaufung und Diebstahl schließlich einzuführen, indem man ihn auf die Stimmung der 4 Millionen polnischer Staatslose hinwies, deren Stimmen er für seine besuchende

Wiederwahl nicht entbehren konnte. So richte schließlich Wilson völlig von seiner ursprünglichen Angabe, nicht mit dem deutschen Volk, sondern nur mit den Hohenzollern Krieg zu führen, ab und sanktionierte gegen die Stimmen von Lloyd George und des Burengeneits Smuts den Raub des deutschen Ostens. Polen einerseits ist mit dem Erreichten noch längst nicht zufrieden: Alles Land östlich der Elbe ist ein Ziel. Dazu bietet die polnische Propaganda in Schule und Öffentlichkeit, namentlich im „Weltmarin-Verein“. Nur eine zielbewußte Politik kann die Gefahr im Osten, die größer ist, als man ahnt, bannen. Nicht ein Diktator, sondern nur die Revision des Versailler Diktats kann hier zum Ziel führen, zumal schon Clemenceau und Wilson dem verheerenden Vorkämpfer Protoporff-Manganu die Revision zugesagt haben!“ P.

### Der vierte Mustertier

Ufa-Theater Leipziger Straße

Ein funkelneugener Douglas Fairbanks-Raum! Nicht so prächtig wie der „Dieb von Bagdad“, auch nicht so schamlos in der Aufmachung wie der „Mann mit der Peitsche“, aber doch so recht geeignet, zu benehnen, daß Hibernische und Geger für Fairbanks, den Helben, nur das da sind, um seine Willigkeit zu beweißen und seine Kraft zu erproben. Ob Wilson, Muffin und Dorette gut sind, ob das Thema den geschäftlichen Zuständen entspricht — Frankreich, Paris, im 1828. Jahrhundert, Hofgesellschaft, ein schmaler König und eine schöne Königin — all das beachtet man kaum, sondern verlagert mit krennendem Interesse und Begeisterung die Farben dieses „Mittels sonder Furcht und Zabel“, der auf seinem armenigen Knepper hinuntergeht in die Welt, überall ob seines brülligen Aufgebens verpönet und bekräftigt wird, der aber unerschrocken seines Weges geht. Was ihn alle stärksten Lerner, weil er wie der Teufel flieht — gegen eine ganze Horde mutigen Garibis, Hettern kann wie ein Affe, mit geschmeidigen Körper springt wie eine Wüstenfaule, reiten kann wie der „wilde Jäger“, dabei schlechter Dinge unfuldig und furchtlos ist wie ein neugeborenes Kind. Seine Ergoligkeit Durdos und Wenschen gegenüber stellt an, sein fröhliches Lachen gibt Mut. — Im Weiteren kommt der Film von der Amerisfahrt des „Graf Zeppelin“ so schön, klar und bis in alle Einzelheiten wie werden einen Blick in die Passagierkabine, Motorraum und ins Innere, daß wir meinen, wir seien mit dabei gewesen. E. S.

Juan Manóen steigt am Montag in Halle. Juan Manóen, der phänomenale Beiger, der mit seiner stupenden Technik und mit seinem Witz fängenden „Zone Sorarate“ Erbe angetreten hat, spielt am Montag im Uogenaal Parabel, worauf wir nochmals hinweisen. Karten bei Göttsch.

### Im Urwaldspital zu Lamborene

Albert Schweitzer, der Missionarzt, spricht in Halle

Tausend und mehr Hallenser füllten gestern Abend den großen „Stadthilfshaus-Saal“, um Albert Schweitzer, den jüngsten Träger des Franzfurter Goethe-Preises, von dem Urwaldspital zu Lamborene erzählen zu hören. Der über alle in den Glauben, einen anderen Weltanschauung den philosophierenden Theologen, dem Musikforscher, dem Zeitschriftenkämpfer Schweitzer zu finden, so kam er — nicht auf die Reden.

Nichts von bunthäutiger Vielheitigkeit und Gießelstanz und in wichtig tief dieser Doktor dreier Fakultäten aus; auf geburgenem Körper zeigt ein mächtiges, an Rhythmus erinnerndes Haupt. Und dennoch: welche Gedanken und diese alemannische Eloquentie gesucht haben, wie schaukelig Drang trieb den eifrigsten Warrerzöhen aus außersichtlicher Karriere des geliebten Theologen, aus erfolgreichster Fortschritt seit im herrlichen Reiche Nads und seines Instrumentes in Equatorialafrika, in den Urwald am Gove? Albert Schweitzer gab uns die Antwort selbst: Eigenartig schillernde Charakteristik, des Menschen- und Gottesdienens, die nicht nur als dort, wo Missionen Schweitzer's fähig leben! Und mit dem Missionarats Schweitzer fühlte man über das Meer, woggen wir die Pökt ogonauwand, und die burchgängigen Urwald. Seine Freuden und seine Enttäuschungen waren auch die unfernen: Wo Liebe gab, wo feierliche Verhältnisse, wo ein Leben, wo bestes Wollen das Werk erschließen schlagte, als das Missionsspital selbstgegründet ist, nicht als die Arbeit. E. S.

Gute Orgel und Schiffstücken: dem Wunderschönen Schweitzer einst das Umfalten von der Gottesgeliebtheit zur Welt, das Erreichen des ersten Spitals aus eigenen Mitteln erlangt, so sprangen nach dem Kriege seine Freunde aus England, land und Schweden in die Dreize. Untergang ging es nicht die Arbeit: E. S. teilt das Spital Lamborene (schöner und tiefer) da denn!

Gute Bildbilder erläuterten die Worte des Redners, gelagten und einnehmlich das wichtige Leben der mit Göttern und Weisheit aller der gelagten Wäben. Immer wieder überglückte, wie hier reichte Wäbe (schöner und erfahrener) überbrachte, wie hier ermer, der genug und übergenug gelagte, ermerzte Arbeit ersteh!

Albert Schweitzer bemüht seine „Erholungszeit“ in Lamborene, der missionssätzlichen Sache neue Freizeit zu machen. Auch in Halle hat er gesehen, um Wäblich, um Wäben gehen geht: Götter man doch gefehen, daß er in dem missionssätzlichen Urwald Wäblichmet der Wäblichung fangt. E. S.











